

Für eine unabhängige Wissenschaft

Der AstA der Universität Mainz (JGU) fordert nach der Offenlegung der Verträge zwischen JGU und Boehringer Ingelheim Stiftung (BIS) mehr Transparenz und eine Änderung der Entscheidungsstrukturen der Hochschule. Den Vertrag zu ändern und die Veto-Rechte der BIS aufzuheben ist beim aktuellen Stand der Kooperation nur symbolisch. Die Hintergründe des Vorganges müssen offengelegt werden und durch eine Stärkung der universitären Gremien ein möglicher zukünftiger Abschluss eines solchen Vertrages unmöglich werden.

Die Hochschulleitung der Universität Mainz (JGU) hat im Zuge der Offenlegung ihrer Kooperationsverträge mit der Boehringer Ingelheim Stiftung (BIS) auch Referent*innen des AstA gemeinsam mit Journalist*innen Einblick gewährt. Und wir verblieben mit einem schockierenden Eindruck in das Vertragswerk, das nicht vom Geist eines „reinen Mäzenatentums“, wie ihn der Universitätspräsident gerne beschwört, sondern „von einer stringenten Interessensvertretung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der BIS geprägt ist“, so Sven Plamann, Vorsitzender des AstA. Das zeigt sich in der möglichen Beeinflussung von Berufungen und den Veto-Rechten bei der Verwendung finanzieller Mittel in dem auf Grundlage der Verträge eingerichteten Institut für Molekulare Biologie (imb).

Die offenkundige Ratlosigkeit auf Seiten der Universitätsleitung nach den kritischen Nachfragen der Journalist*innen, wie es denn diese ganzen Passagen in den Vertrag geschafft haben verweist bereits bei der Entstehung des Vertrages auf ein erhebliches Demokratiedefizit. „Anstelle die Gremien der universitären Selbstverwaltung, zuvorderst den akademischen Senat, umfassend einzubeziehen, erscheint der Vertrag als Resultat eines engen personalen Netzwerkes“, urteilt die hochschulpolitische Referentin des AstA Carina Lang. In diesem bewegen sich der aktuelle Präsident der JGU Georg Krausch und auch der ehemalige Präsident Jörg Michaelis, der den zweiten Kooperationsvertrag für die BIS unterzeichnete. Daneben ist Andreas Barner, der auf sich das Amt des Vorsitzenden des Hochschulrates, einen Vorstandsposten in der BIS sowie die Unternehmensleitung von Boehringer Ingelheim vereint, der zentrale Akteur in diesem Netzwerk.

Furat Abdulle, Vorstandsmitglied des AstA, kritisiert an der aktuellen Diskussion, dass „in Anbetracht der bereits erfolgten Besetzungen der Stellen im imb erscheint eine Vertragsänderung zum jetzigen Zeitpunkt allenfalls eine symbolische Geste sei, die an der Einflussnahme nichts mehr ändert.“ Stattdessen zeigt sich eine notwendige Konsequenz in der Erhöhung der Transparenz, die die Universitätsleitung gegenüber den Mitgliedern der Universität herzustellen hat. Dazu gehört die umfassende Offenlegung der Kommunikation zwischen JGU und BIS die in Hinblick auf die Abschlüsse der Verträge, die Stellenbesetzungen und die wissenschaftliche Ausrichtung des imb geführt worden sind.

Mit den Worten: „Wir wollen uns in unseren Forderungen allerdings nicht auf den konkreten Vorfall beschränken, sondern sehen hier ein strukturelles Problem in der Konzeption der Hochschule. Die schleichende Entdemokratisierung und Entmachtung der Hochschulgremien zugunsten eines starken Präsidenten und einer zentralen Verwaltung verkörpert das derzeit hegemoniale Konzept der unternehmerischen Hochschule, die tatsächliche Mitbestimmung als ineffizienten Ballast betrachtet und behandelt. Verschärft wird dieser Zwang zu mehr Konkurrenzkampf um Gelder in besonderem Maße durch die sog. Exzellenzinitiative.“ stellt der hochschulpolitische Referent des AstA, Manuel Lautenbacher, den aktuellen Vorfall in den weiteren Zusammenhang. Nicht zufällig hat der Präsident auf der Pressekonferenz zu den Verträgen mit der BIS rechtfertigend auf diese verwiesen – und damit auf den Preis, der in seinen Augen für die grundlegende Unterfinanzierung der Hochschulen zu bezahlen sei.